

SRG schreibt rote Zahlen

25 Millionen Franken im Minus

ras. Die SRG hat im vergangenen Jahr erneut mehr ausgegeben als eingenommen. Das Defizit beträgt trotz leicht höheren Einnahmen 25 Millionen Franken, wie der nationale Rundfunk am Donnerstag mitteilte. Das Minus sei zu erwarten gewesen. Als Gründe für das negative Ergebnis, das im Vorjahr 1 Million Franken betrug, werden insbesondere hohe Rechte- und Produktionskosten der Olympischen Winterspiele Turin und der Fussball-WM Deutschland sowie die Aufwendungen für die Digitalisierung der Programmverbreitung (DAB, DVB-T) genannt. Der Betriebsaufwand wuchs um 2,5 Prozent. 2006 stiegen die Einnahmen der SRG um 0,6 Prozent auf 1,5 Milliarden Franken. Der Zuwachs erfolgte hauptsächlich im kommerziellen Bereich. Der Ertragsüberschuss beim Finanzergebnis beträgt 6 Millionen Franken (Vorjahr: 0,7 Millionen).

Technologiepreis für «Fabrik im Kleinstformat»

Swiss Technology Award 2007 verliehen

H. W. Am Donnerstag sind in Bern die Preisträger des Swiss Technology Award 2007 bekanntgegeben worden. Als Gesamtsieger wurde ein Team des Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM) aus Alpnach im Kanton Obwalden ausgezeichnet, das eine Mini-Fabrik für mikrotechnische Bauteile entwickelt hatte, wies es in einer Mitteilung heisst. Das Konzept des CSEM basiert auf einem Roboter, der in einem Volumen von rund einem Kubikdezimeter Platz findet und winzige Komponenten äussert schnell und bis auf wenige Tausendstelmmillimeter genau bewegen und placieren kann. Das preisgekrönte Team kombinierte mehrere dieser Roboter in Serie zu einer kompletten Produktionslinie. Die «Fabrik im Kleinstformat» eröffne nicht nur für die Uhrenindustrie neue Perspektiven, so die Jury, sondern auch für die Produktion von Sensoren, medizinischen Geräten und Kleinmotoren.

Ebenfalls in den Final des Swiss Technology Award schaffte es die Zürcher Firma Libero Vision AG mit einer Computertechnik, die Fernsehbilder – zum Beispiel von einem Fussballspiel – so weiterverarbeitet, dass sich das gezeigte Ereignis aus dem Blickwinkel einer nach Belieben positionierten «imaginären» Kamera betrachten lässt. Auch die Firma Nanosurf AG aus Liestal erreichte die Endausscheidung. Sie entwickelte ein einfach zu bedienendes Raster-Kraftmikroskop. Insgesamt waren für den 20. Swiss Technology Award 50 Projekte eingereicht worden, von denen 17 für den Wettbewerb selektioniert wurden. Diese werden nun an verschiedenen grossen Branchen-Messen präsentiert. Getragen wird der Technologiepreis unter anderem vom Staatssekretariat für Wirtschaft, der Kommission für Technologie und Innovation und der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren.

KURZMELDUNGEN

Xpo verzichtet auf weiteren Werbespot. Nach dem Rückzug eines Werbespots auf Kosten der Solar-energie mit Fussball-Nationaltrainer Jakob Kuhn verzichtet der Energiekonzern Xpo auf einen weiteren Spot. In diesem Spot kam die Windenergie schlecht weg. Damit sind von den ursprünglich fünf Spots, die für die Webseite www.energedialog.ch, für Kino- und TV-Werbung kreiert wurden, nur noch deren drei im Einsatz. Die Werbekampagne der Xpo ist unter anderem von der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) scharf kritisiert worden. Es handle sich um eine «gerissene Desinformationskampagne zugunsten neuer Atomkraftwerke», teilte die SES in einem Communiqué mit. (sda)

Gegen Separat-Statistik für Neubürger. Frisch eingebürgerte Personen sollen in der Kriminal- und der Sozialversicherungsstatistik nicht separat erfasst werden. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, eine entsprechende Motion von Nationalrat Thomas Müller (cvp., St. Gallen) abzulehnen. (ap)

Ärzte-Vereinigung schlägt KVG-Alternative vor. Die Vereinigung Pulsus schlägt eine Alternative zur heutigen obligatorischen Krankenversicherung (KVG) vor. Analog zur Altersvorsorge hat sie ein Drei-Säulen-Modell erarbeitet, das sie in der Frühlingssession dem Parlament vorlegen wird. Das neue Modell verbinde die Vorteile der alten, freiwilligen Versicherung mit den Vorteilen des heutigen KVG, hieft Pulsus in einer Mitteilung fest. Eine erste Säule soll der Existenzsicherung dienen: Sie ist obligatorisch und umfasst alle schweren und chronischen Krankheiten sowie die Spitalaufenthalte. Sie sei als Hochrisikopool zu verstehen. Alle weiteren Leistungen sind in der zweiten Säule vorgesehen. Diese ist freiwillig. Die dritte Säule entspricht der heutigen Privat- oder Halbprivatversicherung. Der Luzerner FDP-Nationalrat Georges Theiler wird in der März-Session ein entsprechendes Postulat vorlegen. (ap)

Jakob Schaad wird Leuthards Wirtschaftsberater. Der 43-jährige Jakob Schaad wird neuer Berater von Bundesrätin Doris Leuthard. Er soll die Wirtschaftsministerin ab 1. April in allen Fragen der Wirtschaft- und Währungspolitik beraten, wie das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement mitteilte. Schaad ist zurzeit Direktionsmitglied der Schweizerischen Nationalbank und mit internationalen Währungsbeziehungen betraut. Sein Vorgänger, Boris Zürcher, war auf den 1. März zum Direktionsmitglied von Avenir Suisse ernannt worden. (ap)

Standort- und Exportförderung fusionieren

Koordination der Landeswerbung nur bis zur Departementsgrenze

Die vom Parlament verlangte Koordination aller Aktivitäten der Landeswerbung ist gescheitert. Das Volkswirtschaftsdepartement legt nun wenigstens die eigenen Organisationen zusammen.

wab. Bern, 1. März

Die Landeswerbung wird zu einem Schulbeispiel für das Gärtchendenken im höchsten exekutiven Gremium der Schweiz. Das Parlament fordert seit Jahren eine wirksame Koordination der Aktivitäten, die auf zahlreiche Organisationen und verschiedene Departemente verzettelt sind. Um den Druck zu erhöhen, bewilligten National- und Ständerat die letzten, normalerweise für vier Jahre gewährten Rahmenkredite nur für zwei Jahre. Unter diesem Druck rang sich der Bundesrat letztes Jahr zuerst dazu durch, drei PR-Organisationen zusammenzulegen: Präsenz Schweiz (Imagewerbung allgemein) im Aussendepartement EDA sowie Location Switzerland (Standortförderung für Unternehmen) und Schweiz Tourismus im Volkswirtschaftsdepartement EVD. Daraus wird nun aber vorläufig nichts, wie der Bundesrat bereits im Januar entschied und nun am Donnerstag in einer Botschaft ans Parlament bekanntgab.

EDA und EDI contra EVD

Als Begründung wird angegeben, dass die Zuordnung der kleinsten der drei Organisationen, Location Switzerland (Jahresbudget 3,7 Millionen), in der Vernehmlassung umstritten gewesen sei. Bekannt ist aber, dass sich vorab Aussenministerin Micheline Calmy-Rey gegen die Zusammenlegung von Präsenz Schweiz mit anderen Organisationen und die noch nicht beschlossene, aber folgerichtige Zuordnung zum Volkswirtschaftsdepartement wehrte. Früher waren bereits andere Varianten, beispielsweise eine Zusammenlegung von Präsenz Schweiz mit der Kulturstiftung Pro Helvetia (Department des Innern) und dem Kompetenzzentrum für Kulturaussenpolitik (EDA), am Widerstand der betroffenen Departementschefs gescheitert. Die Aussenministerin

liess sich nun vom Bundesrat beauftragen, bis im Sommer eine Koordination mit einem eher informellen Dach für die verschiedenen Bereiche der Landeswerbung (Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Sport) zu prüfen. Die vom Parlament geforderten Effizienzgewinne dürften dadurch aber kaum zu erreichen sein. Der Bundesrat räumt denn auch ein, dass die Umsetzung der Forderung «zum jetzigen Zeitpunkt offen bleibt».

Beschränkung auf Aussenwirtschaft

Weil die Kredite für die Aktivitäten im Bereich des Volkswirtschaftsdepartements Ende Jahr auslaufen, beantragt der Bundesrat dem Parlament neue Vierjahreskredite. Das Volkswirtschaftsdepartement belässt es jedoch nicht dabei, sondern will wenigstens in seinem Bereich eine verstärkte Koordination realisieren. Vier Organisationen der wirtschaftlichen Standortförderung werden zusammengelegt: die Osec (Exportförderung) mit Location Switzerland sowie Sofi und Sippo (Investitions- und Exportförderung in Entwicklungsländern). Die Ausgaben für diese Bereiche bleiben 2008 bis 2011 gegenüber der Vorperiode praktisch unverändert: 68 Millionen für die Exportförderung, 13,6 Millionen für die Standortpromotion. Selbständig bleibt Tourismus Schweiz, wofür ebenfalls ein Vierjahreskredit in nahezu unveränderter Höhe (186 Millionen) beantragt wird. Weitergeführt wird auch das Programm zur Förderung der Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus (innotour). Dessen Kredit hat der Bundesrat aber gekürzt (von 28 auf 21 Millionen).

Das Volkswirtschaftsdepartement dokumentiert seinen Willen zur Koordination auch damit, dass dem Parlament für all diese Bereiche eine Sammelbotschaft unterbreitet wird. Die Führung obliegt zudem einer zentralen Stelle, der Direktion für Standortförderung im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Diese ist auch für die neue Regionalpolitik zuständig, zu der es insbesondere im Tourismus ebenfalls Schnittstellen gibt. Ein separates Tourismusgesetz, wie es im Parlament auch schon gefordert wurde, hält der Bundesrat weiterhin für unnötig.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden

Präzisierung im Strafrecht auf dem Weg

Bern, 1. März. (ap) Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollen im Strafrecht präziser definiert werden. Im Unterschied zum ursprünglichen Plan will der Bundesrat dafür sorgen, dass auch ausländische Kriegsverbrecher ohne engen Bezug zur Schweiz belangt werden können, wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) mitteilt. Die bundesrätliche Vorlage will die strafrechtliche Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen erleichtern. Dazu sollen die einzelnen Tatbestände im Strafrecht konkret definiert werden. In der Vernehmlassung, deren Ergebnisse der Bundesrat zur Kenntnis nahm, stiess die Vorlage auf breite Zustimmung. Ausser der SVP bestärkten alle Parteien den Vorschlag.

Der Bundesrat beauftragte das EJPD nun mit der Ausarbeitung einer Botschaft ans Parlament. Der Auftrag deckt sich in den meisten Punkten mit dem Vernehmlassungsentwurf. Entsprechend der Mehrheit der Stellungnahmen soll es aber

auch möglich sein, ausländische Täter ohne engen Bezug zur Schweiz zu belangen, sobald sie einen Fuss auf Schweizer Boden setzen. Der Bundesrat hatte dagegen im Vorentwurf einen «engen Bezug» des Täters vorausgesetzt, zum Beispiel regelmässige Aufenthalte im Land.

Zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören Delikte wie vorsätzliche Tötung, Ausrottung, Versklavung, Deportation, Folter oder Apartheid, die sich systematisch und ausgehend gegen die Zivilbevölkerung richten. Zwar sind die Straftaten bereits heute durch das schweizerische Recht erfasst. Es fehlt jedoch das erschwerende Element des Angriffs auf die Zivilbevölkerung. Kriegsverbrechen werden in der Schweiz bisher durch einen Pauschalverweis auf das humanitäre Völkerrecht strafrechtlich erfasst. Hintergrund für die Gesetzesrevision ist die Umsetzung des Römer Status des Internationalen Strafgerichtshofs, das die Schweiz im Jahr 2001 ratifiziert hat.

Adecco will mehr Kontrollen gegen Lohndumping

Abgrenzung vor «schwarzen Schafen»

Aarau, 1. März. (sda) Im Kampf gegen «Sozialdumping» und Tieflohne fordert Adecco, der grösste Personalvermittler der Schweiz, von den Behörden mehr Kontrollen. Vermittlerbüros, die gegen die Vorgaben verstiessen, sollten die Bewilligungen entzogen werden. «Sozialdumping» und Tieflohne schaden der gesamten Branche, sagte Michael Agoras, Generaldirektor von Adecco Schweiz, am Donnerstag in Aarau. Die kantonalen Tripartiten Kommissionen seien mit den Kontrollaufgaben überfordert. Agoras forderte die Kantonsbehörden auf, die Verträge von Arbeitnehmenden aus der EU und temporär Arbeitenden intensiver zu prüfen. Die Mindestlöhne der allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge (GAV) müssten eingehalten werden. Adecco habe mit Vertretern von Gewerkschaften entsprechende Gespräche geführt, sagte er. Sie hätten auf den Vorstoss positiv reagiert. Als grösster Personalvermittler der Schweiz wolle sich Adecco von den schwarzen Schafen in der Branche abgrenzen, betonte Agoras. Probleme bestünden vor allem im Baugewerbe, wo Arbeitnehmende aus der EU für bis zu drei Monate legal in der Schweiz Aufträge ausführten. Die Arbeitnehmenden erhielten Stundenlöhne von rund 7 Euro. Der Durchschnittslohn eines temporär Angestellten bei Adecco beträgt Fr. 27.10 pro Stunde. Der Auftraggeber bezahlt einen Tarif von Fr. 38.60 pro Stunde. Nach eigenen Angaben schliesst Adecco nur Arbeitsverträge ab, welche die Mindestlöhne einhalten.

Der Schutz jugendlicher Arbeitnehmer

Verordnung in der Vernehmlassung

Bern, 1. März. (sda) Jugendliche unter 18 Jahren sollen nachts und sonntags nur noch beschäftigt werden dürfen, wenn dies der Berufsbildung dient. Dies steht in einer Verordnung, die der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat. Im Sommer 2006 hatte das Parlament das Schutzalter im Arbeitsgesetz von 19 bzw. 20 Jahren auf 18 Jahre gesenkt. Dem wird nun die Jugendarbeitsschutzverordnung angepasst. Der Schutz der Jugendlichen unter 18 wird dadurch verstärkt, dass Sonntags- und Nachtarbeit nur noch zum Zweck der Berufsbildung möglich ist. Eine Verordnung des Volkswirtschaftsdepartements soll die Zahl der Arbeitsnächte und -sonntage in Absprache mit den Sozialpartnern möglichst tief halten.

Nacht- und Sonntagsarbeit für unter 18-Jährige wird nur dann bewilligt, wenn sie zum Erreichen der Ziele in der beruflichen Grundbildung notwendig ist. Sie soll eine Ausnahme bleiben. Eine zweite Departementsverordnung legt fest, in welchen Berufen und in welchem Umfang Nacht- und Sonntagsarbeit zugelassen wird. Bis 15 Jahre gilt grundsätzlich ein Arbeitsverbot. Unter bestimmten Voraussetzungen dürfen unter 15-Jährige aber bei kulturellen, künstlerischen und sportlichen Darbietungen eingesetzt werden. Dafür braucht es künftig keine Bewilligung mehr. Ausnahmslos verboten sind gefährliche Arbeiten bis zum Alter von 16 Jahren. Welche Tätigkeiten als gefährlich gelten, listet eine Departementsverordnung auf. Für Jugendliche ab 16 Jahren sind Ausnahmen in der beruflichen Grundbildung möglich.

BUNDES RAT IN KÜRZE

Mandat für EU-Bildungsprogramme. Die Schweiz will sich offiziell und vollberechtigt an den Bildungs- und Jugendprogrammen der EU beteiligen. Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für ein Abkommen verabschiedet. Die Verhandlungen sollen in der ersten Hälfte dieses Jahres beginnen, wenn auch das Mandat der EU vorliegt. Vorderhand nimmt die Schweiz weiterhin über Vereinbarungen zu einzelnen Projekten an der Zusammenarbeit teil. Letztes Jahr wurden mit 14 Millionen Franken unter anderem die Auslandsaufenthalte von rund 5400 jungen Menschen für Studien und Praktika finanziert. (sda)

Revision der Schall- und Laser-Verordnung. Wer in die Disco geht, soll nicht um Gehör und Augen (Schädigung der Hornhaut durch Laseranlagen) bangen müssen. Der Bundesrat hat deshalb die Schall- und Laser-Verordnung revidiert und auf den 1. Mai in Kraft gesetzt. Die revidierte Verordnung hält zwar an den bestehenden Grenzwerten von 93 bis 100 Dezibel fest. Veranstaltungen mit Schallpegeln von 96 oder 100 Dezibel sind aber nicht mehr nur bewilligungs-, sondern auch meldepflichtig. Auch muss das Publikum über den Schallpegel und das Gesundheitsrisiko informiert werden und Möglichkeiten erhalten, das Gehör zu schützen. Schülerdiscos dürfen nicht lauter als 93 Dezibel sein. Für Laseranlagen gelten die internationalen Grenzwerte. (sda)

Schutz von Trockenwiesen und -weiden. Der Bund will die gefährdeten Trockenwiesen und -weiden schützen und fördern. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation schickt zu diesem Zweck bis Ende Mai eine Verordnung in die Vernehmlassung. Die verbleibenden Flächen von nationaler Bedeutung sollen gestützt auf das Natur- und Heimatschutzgesetz langfristig erhalten und gefördert werden. (sda)

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780 · Der Zürcher Zeitung 228. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Markus Spillmann

Stellvertreter: Hansrudolf Kamer

Koordination: Beat Brenner

Schweiz: Matthias Saxer, Christoph Wehrli, Bruno Lezzi, Claudia Schoch, Walter Hagenbüchle, Alfred Neukom, Hanspeter Mettler, Claudia Baer, Claudia Wirz, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul Schneberger; **Bundeshaus:** Beat Waber, Monika Rosenberg, Katharina Fontana, Daniel Gerny

International: Hansrudolf Kamer, Reinhard Meier, Jürg Dedial, Beat U. Wieser, Cyrill Stieger, Anton Christen, Jürg Bischoff, Oswald Iten, Werner J. Marti, Andrea Spalinger; **Vermischtes:** Alois Feusi

Wirtschaft: Gerhard Schwarz, Heinz Bitterli, Jost Willi, Reinhold Gempeler, Beat Brenner, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Eva Matter Schaffner, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch

Zürich: Thomas Ribl, Thomas Felber, Michael Baumann, Adrian Krebs, Rebekka Haefeli, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Marcel Gyr, Jürg Meier, Benjamin Tommer, Urs Bühler, Susanna Müller, Michael Furger, Kuno Gurtner, Walter Bernet; **Zürcher Kultur:** Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Feuilleton: Martin Meyer, Marianne Zelger-Vogt, Christoph Egger, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli

Sport: Felix Reidhaar, Urs Osterwalder, Claudio Klages, Peter Jegen, Christoph Fisch, Jan Mühlethaler, Stefan Oswald, Thomas Renggli, Flurin Clalüna

Wissenschaft: Heidi Blattmann, Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Vera Bettenworth

Beilagen: Walter Hagenbüchle, Friedemann Bartu, Andreas Doepfner (Tourismus); Balts Livio, Rainer Stadler, Stefan Betschon (Medien und Informatik); Margret Mellert (Zeitsbilder); Andreas Honzeger

Nachrichtenredaktion (NZZkompakt): Nicoletta Wagner

Weitere Redaktionen (Leitung): NZZ Folio: Daniel Weber; NZZ Fernsehen und Film: Wolfgang Frei; NZZ Online: Fredy Greuter; NZZ Ticket: Kathrin Röthlisberger; NZZ am Sonntag: Felix E. Müller

VERLAG UND PRODUKTION

Direktor: Daniel Hofer

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 13 23, E-Mail: verlag@nzz.ch

NZZ Fernsehen und Film: Falkenstr. 12

Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich

Tel. 044 258 14 88, Fax 044 262 38 14

E-Mail: tvnzz@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich

Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39

E-Mail: leserservice-schweiz@nzz.ch

International: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29

E-Mail: leserservice-international@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media

Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70

E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch

Internet: www.nzzmedia.ch

Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach,

CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74

E-Mail: print@nzz.ch

PREISE (INKL. MWST)

Abonnement Inland inkl. Internetausgabe NZZGlobal: 434 Fr. (12 Monate), 238 Fr. (6 Monate), 132 Fr. (3 Monate). Für Umleitungen wird eine Bearbeitungsgebühr von 7 Fr. erhoben. Unterbrüche, die mehr als 6 aufeinanderfolgende Ausgabebtage umfassen, werden ab der 7. Ausgabe vergütet.

Abonnement inkl. NZZ am Sonntag mit Internet-Sonntagsausgabe NZZGlobal: 520 Fr. (12 Monate, Kombirabatt 100 Fr.), 292 Fr. (6 Monate, Kombirabatt 50 Fr.), 166 Fr. (3 Monate, Kombirabatt 25 Fr.)

Abonnement Ausland inkl. Internetausgabe NZZGlobal: 33 €, 49,50 Fr. (jeweils für 1 Monat)
Übrige Preise auf Anfrage

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2006

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verkaufte Auflage: 146 729 Expl. (WEMF 2006)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG